

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringertlohn 6.— M., bei Selbstabholung 5.50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— M., für einen Monat 6.— M. — Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4596. — Postfachkonto Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Tauscher Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 13693. — Verlag in Leipzig,
Tauscher Straße 19/21 — Telephon 4596

Inseratenpreise: Die 7spaltige Kolonetzelle oder deren Raum 1.00 M., bei Platzvorschrift 2.30 M.; Familienanzeigen, die 7spaltige Zelle 1.70 M.; Reklame-Kolonetzelle 7.50 M. — Telefon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die nächste Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Gegen die Zerstörung des Wirtschaftslebens! Gegen Chauvinismus u. Nationalbolshewismus!

Im Kampf gegen den imperialistischen Krieg ist die USPD entstanden. Sie hat dem erobernden Kapitalismus die selbständige Politik der revolutionären Arbeiterklasse, dem Massenmord die internationale Solidarität des Weltproletariats entgegengesetzt. Die USPD hat alle Eroberungsabsichten bekämpft und ist für einen Frieden ohne Annexionen und Entschädigungen eingetreten, den auch die revolutionäre Ruchland verlangt hat. Nur ein solcher Friede wäre eine sichere Grundlage für die gemeinsame Kulturarbeit der Nationen und für den sozialistischen Wiederaufbau der Weltproduktion. Für die Wiedergutmachung der Schädigungen, die der deutsche Militarismus anderen Völkern zugefügt hat, ist die USPD jederzeit eingetreten. Darum darf die USPD, mehr als irgendeine andere Partei sich auch gegen die wirtschaftlichen Forderungen der Pariser Konferenz wenden.

Diese Forderungen des Ententekapitalismus gehen weit

über die Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft hinaus und sind deshalb unerfüllbar. Sie würden das deutsche Proletariat in ein noch größeres, hoffnungsloses Massenelend stürzen. Sie würden nicht nur das deutsche, nicht nur das europäische, sondern das Proletariat aller Länder aufs schwerste treffen. Denn die Verelendung der deutschen Wirtschaft würde ihre Aufnahmefähigkeit für ausländische Produkte vermindern, dadurch immer neue Krisen und Arbeitslosigkeit überall hervorrufen. Der gezwungen übermäßig gesteigerte Export würde zugleich den ausländischen Industrien schwere Konkurrenz bereiten und dadurch die Herabdrückung der Löhne von Deutschland über die ganze Welt veranlassen. Die Produktion in den einzelnen Ländern und damit die Produktion der ganzen Welt kann nur gesteigert und der Gütermangel vermehrt werden, wenn die Arbeiter nicht der völligen Verelendung verfallen.

Die Forderungen des Ententekapitalismus sind nicht fremdlich oder englisch, sie sind kapitalistisch. In ihnen enthält sich der schmutzige und bluttriefende Imperialismus, der während des Krieges und nach dem Kriege aus kapitalistischer Profitgier Verheerungen veranlaßt hat. Die Entente wird erneut bestätigt, daß Gewalt und Ausbeutung nur im Klassenkampf der Arbeiter aller Länder beseitigt werden können.

Die internationale Solidarität der Arbeiter verbietet, daß irgendeine Arbeiterklasse, in diesem Fall die deutsche Arbeiterklasse, durch die Kapitalisten irgendeines Landes in ihrer Lebenshaltung tiefer herabgedrückt werden als die Arbeiter anderer Länder. Der Gewaltfrieden von Versailles kann nur überwinden werden durch

internationale Aktionen der klassenbewußten Arbeiter. Gemeinsame Gefahr fordert gemeinsamen Kampf!

Der Kampf der Arbeiter gegen den Kapitalismus kann nur als selbständiger proletarischer Klassenkampf geführt werden. Hier gibt es

keine Bündnisse mit bürgerlichen Parteien und Klassen, weil es keine Interessengemeinschaft zwischen Arbeiter und Kapitalisten gibt. Das Geschick der deutschen nationalistischen Kreise nach einer Einheitsfront entspringt nur den reaktionären Absichten auf Wiederherstellung des Militarismus und der Monarchie. Die Forderungen des Ententekapitalismus werden von den nationalen Parteien zu einer chauvinistischen Kriegshetze gegen den „Feindbund“ ausgenutzt. Sie erklären sogar die Entwaffnungsfrage für wichtiger als die Zahlungsfrage und suchen auf die Regierung einzuwirken, keine Zugeständnisse in der Entwaffnungsfrage zu machen.

Diese Kriegshetze hat im kommunistischen Lager Unterstützung gefunden.

Berlin, den 9. Februar 1921.

Zentralkomitee der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Der Kampf um die Herrschaft in der Türkei.

London, 9. Februar. (U.) Aus Konstantinopel wird gemeldet, daß die Nationalversammlung in Angora beschlossen habe, den Sultan für abgesetzt zu erklären, falls die Konstantinopeler Regierung einen besonderen Delegierten nach London entsenden würde. Es wird weiter gemeldet, daß die Kemalisten damit beschäftigt sind, Angora zur Hauptstadt der Türkei auszubauen und zwar auf Grund von Plänen eines Ungarn, die von der Nationalversammlung genehmigt worden sind. Mustafa Kemal will aus Angora eine Weltstadt machen; 3000 Arbeiter werden mit der Ausführung des Planes beschäftigt werden.

Riga, 9. Februar. (D. E.) Zwischen den reulären türkischen Truppen an der Kaukasusfront und den irregulären türkischen Abteilungen unter Führung von Etchem-Bey ist es, wie die Moskauer Sowjetia berichtet, zu Streitigkeiten und Zusammenstoßen gekommen. Die Streitkräfte haben auf Angora übergriffen, wo die Anhänger Etchem-Bey gegen den Nationalrat und die Kemal-Regierung agitierten und für das Sowjetium eintraten. Die Rettung der Etchemisten, Neue Welt, ist infolgedessen von der Angora-Regierung geschlossen und die Schriftleitung verhaftet worden. Die Angora-Regierung behauptet, Etchem-Bey verfolge in Wirklichkeit reaktionäre Ziele.

Radek über die türkische Frage.

Riga, 9. Februar. (D. E.) In der Moskauer Prawda erscheint nach längerer Pause ein aus Baku datierter Artikel von Karl Radek über die türkische Frage. Radek bekennt sich gegenwärtig im Auftrag der Sowjetregierung in besonderer Mission auf einer Reise, die ihn nach Turkestan, nach dem Kaukasus und wie verlautet

Schon im Reichstag stellte der Sprecher der Kommunisten den nationalistischen Massenführer Enver Pascha den deutschen Chauvinisten als Vorbild für einen Bund der „unterdrückten Völker“ mit den russischen Kommunisten und forderte den gemeinsamen Kampf. In München wurde diese kommunistische Parole weitergegeben. Dort riefen Kommunisten das nationalistiche Jungdeutschland auf, sich mit dem Proletariat und mit Russland zu vereinigen, den Friedenvertrag von Versailles zu zerreißen, die Waffen nicht abzuliefern, sondern mit den Kommunisten zu teilen und sich gegen den Ententekapitalismus zu erheben. Diese national-bolshewistischen Treiber haben unter dem klassenbewußten Proletariat einen Sturm der Enttäuschung ausgelöst. Dadurch sah sich die kommunistische Zentrale gezwungen, durch eine unklare und fragwürdige Erklärung gegen ihre Parteiführer in München die wahren Bestrebungen der kommunistischen Führer zu verdeutlichen.

Die Kommunisten in München haben die Ausführung der Parole ihres Parteivorstandes gar zu plump getrieben. Die national-bolshewistische Propaganda wird aber nur gefährlicher im Hinblick eines parteipolitischen Demagogentums. Das Verhalten der kommunistischen Führer in München entspricht genau dem Bündnis der russischen Kommunistenführer mit Enver Pascha und dessen Erhebung zum Vorbild für deutsche Nationalisten.

Den chauvinistischen wie den national-bolshewistischen Reichstreiberen tritt die Unabhängige Sozialdemokratie mit feher Entschlossenheit entgegen.

Die Frage der Entwaffnung darf zu keinerlei neuen Schwereisen oder Konflikten führen. Handelt es sich doch um die Entwaffnung der deutschen Kontingente, um die Entwaffnung aller offenen und verdeckten militärischen Rekruten, um die Frage der radikalen Vernichtung aller nationalistischen Pläne. Neue Kriege würden neue Sieger und Besiegte und neuen Gewaltfrieden schaffen.

Wir fordern von der deutschen Regierung, daß sie erste und gründliche Verhandlungen über die wirtschaftlichen Forderungen führt. Sie hat dabei die Pflicht der Wiedergutmachung anzuerkennen. Das deutsche Volk muß verlangen, daß es dauernd über alle Vorgänge informiert und ausreichend unterrichtet wird. In der Außenpolitik Deutschlands muß endlich alle Geheimdiplomatie aufhören. Die deutsche Außenpolitik muß in den Dienst der wirtschaftlichen Bedürfnisse der breiten arbeitenden Massen gestellt werden. Nur dann wird sie der Annäherung und Versöhnung dienen.

Die USPD fordert ihre Parteimitglieder auf, gegenüber den deutschen nationalistischen und national-bolshewistischen Treibern

die klare revolutionäre Arbeiterpolitik der Partei zu vertreten. In der äußeren wie in der inneren Politik gilt es, gegen die kapitalistischen Verelendungstendenzen und zur Verwirklichung des Sozialismus besonders auch auf die Notwendigkeit des Regimes der Sozialisierung hinzuwirken. Die Wahlkämpfe in Preußen, in Mecklenburg, in Hamburg und Bremen müssen mit aller Energie ausgenutzt werden, um die Grundzüge der USPD in weitere Volksteile zu tragen. Diese Wahlkämpfe, grundrührig geführt, werden unserer Bewegung neue überzeugte Anhänger und Mitkämpfer bringen. Nur die klare Politik der USPD, die sich mehr und mehr national und international durchsetzt, kann das sozialistische Ziel verwirklichen: alle Völker von jeglicher Unterdrückung und Ausbeutung zu befreien.

Die Sowjetregierung zur Besetzung Wilnas.

Stockholm, 9. Februar. Laut Sozialdemokraten hat die Sowjetregierung nach mehrmaligen Beratungen sich damit einverstanden erklärt, daß Militärkontingente neutraler Staaten für die Ordnung im Wilnaer Abtinnungsgebiet sorgen. Englische und französische Truppen würde die russische Regierung im Wilnaer Gebiet nicht dulden. Dagegen würde man in Moskau keinen Einspruch erheben gegen die Entsendung amerikanischer und italienischer Truppen.

Der Bundesrat der Schweiz hat den Beschluß gefaßt, dem für das Wilnaer Gebiet bestimmten Truppenkontingent den Durchgang durch die Schweiz nicht zu gestatten. Dieser Beschluß hat, wie aus Paris gemeldet wird, die Leiter des Völkerbundes überrascht. Man erwartet, daß bei dem am 21. d. M. erfolgenden Zusammentritt des Völkerbundrates das Generalsekretariat Protest erheben wird.

Der Parteitag der Kommunisten in Wien.

Von Julius Brauntal (Wien).

Die völlige Teilnahmslosigkeit der gesamten Öffentlichkeit Österreichs an den Verhandlungen des diesjährigen Parteitages der Kommunisten, der in der vergangenen Woche in Wien tagte, läßt den Grad der Bedeutungslosigkeit erkennen, den diese Partei im politischen Dasein des Volkes einnimmt. Würden die Kommunisten hierzulande im Auslande nicht so grotesk überschätzt werden, so wäre ihnen wahrhaftig zu viel Ehre angetan, ihnen mehr als flüchtige Beachtung zu widmen. Was sie in Wirklichkeit bedeuten, ist schließl. aus der Größe ihres Anhanges zu ersehen: bei den letzten Wahlen zur Nationalversammlung vereinigten die Sozialdemokraten nahezu eine Million, die kommunistische Partei in ganz Österreich kaum dreißigtausend Stimmen auf ihre Listen. Von den 230 547 Wählern für die Wiener Arbeiterräte stimmten 229 487 für die sozialdemokratische und nur 11 289 für die kommunistische Partei, wozu noch die 3424 Stimmen für die „Linken“ zu zählen sind. 92,9 Prozent der Arbeiterwähler sind Sozialdemokraten und 6,1 Prozent Kommunisten und Anhänger der „Linken“. In der Nationalversammlung sind die „Reinigten Kommunisten“ überhaupt untertreten, im Wiener Kreisarbeiterrat werden den 235 Sozialdemokraten im ganzen etwa 10 „Reinigte“ gegenübergestellt. Das unbestechliche Zahlenbild spiegelt die ganze Nichtigkeit und Hoffnungslosigkeit dieser „Partei“, die sich brüht, das gesamte revolutionäre Proletariat Österreichs zu vertreten. Die Wahrheit ist eben, daß die Kommunisten, trotz der sie seit drei Jahren mit dem Aufwand größerer Geldmittel, deren Quellen erst Sowjetrußland, später Sowjetungarn und nun neuerdings Sowjetrußland in unbegrenzten Mengen speist, „arbeiten“, Tag für Tag im Proletariat an Boden verlieren. 1918 und 1919 vermochten sie noch große Massen zumindestens in ihren Versammlungen zu fesseln; selbst noch 1920 spielten sie mit der „Linken“ im Arbeitererrat eine nicht zu unterschätzende Rolle; im Arbeitererrat 1921 stellen sie, nun mit der „Linken“ verschmolzen, eine lärgliche Minorität dar. Der Selbstbestimmungsprozess innerhalb der österreichischen Arbeiterklasse drängt die Kommunisten unaufhaltsam zurück; ihre Partei ist in Wahrheit innerlich verrotzt und hätte ohne die bedeutenden russischen Geldmittel wohl schon als „Partei“ längst liquidieren müssen. Die materielle Unterstützung Moskaus verleiht ihr einen äußeren Ansehen an Kraft, der indes nur Heidenber Schein ist. Selbst durch die Vereinigung mit der „Linken“, die sich auf diesem „Einigungsparlament“ vollzogen hat, hat sie eher verloren als gewonnen.

Die „Linke“ ist aus einer Gruppe innerhalb der Sozialdemokratie hervorgegangen, die sich „Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft revolutionärer Arbeiter“ nannte. Sie repräsentierte den linken Flügel der Sozialdemokratie und vertrat den grundsätzlichen Verzicht auf jede wie immer geartete Klassenpolitik. Im Arbeitererrat schlug sie sich zuweilen auf die Seite der Kommunisten und verstärkte damit ihre Position. Persönliche Zwistigkeiten zwischen den Führern der Arbeitsgemeinschaft, Frey und Rothke, führten knapp vor den Nationalratswahlen zu ihrer Sprengung. Frey „gründete“ eine zweite Arbeitsgemeinschaft. Beide Gruppen — die Gruppe Frey mit aller Offenheit, die Gruppe Rothke verschämt und verborgen — eilten zu den Wahlen auf die Arbeiterkammer, den „Rechtlern“, den „Scheitelmännern“ in der Partei die Kandidaten der Kommunisten bei der Wahl vorzuziehen. Ihr Verhalten wurde auf dem Parteitag als schwerer Disziplinbruch gebührend gerügt und die Anhänger der beiden Gruppen aufgefordert, zwischen diesen beiden Arbeitsgemeinschaften oder der Partei zu wählen. Die Arbeiter entschieden sich natürlich in ihrer großen Masse für die Partei; die beiden „Führer“, bald wieder veröhnt, zogen es vor, eine neue Partei, die der „Linken“ zu „gründen“. Diese nun wurde am Einigungsparlament mit der kommunistischen Partei verschmolzen. Der Zuwachs, den die Kommunisten erhalten, ist freilich sehr fragwürdig; indes ist die Sozialdemokratie in ihrer inneren Kraft geschwächer als je.

Obgleich an den Verhandlungen des kommunistischen Parteitages von dieser „Einigung“ kaum mehr als Ausdrücke vager Hoffnungen laut wurden, daß sie nun die Gründung einer Massenpartei darstelle, war sie eigentlich das bemerkenswerteste Ergebnis dieser Tagung. Denn was dieser Parteitag sonst an Geistigem bot, erhob sich nicht über das Niveau trivialer Vorkammlingsreden, die sich beharrlich in allgemeinen Verleumdungen der Sozialdemokratie, die das Proletariat verrate und faulterevolutionär in ihrem Wesen sei, erschöpfen. Heiter und bezeichnend für den Grad der Verwirrung war allerdings die Debatte über die Entschleunigung über die Frage des Anschlusses Österreichs an Deutschland und Westungarns an Österreich.

Seit Oktober 1918 kämpft die österreichische Sozialdemokratie für den Anschluß Österreichs an Deutschland. Daß der österreichische Krüppelstaat in seiner gegenwärtigen Staatlichkeit un-